

Ivarsson Westerberg, Anders; Waldemarson, Ylva; Östberg, Kjell (Hrsg.): *Det långa 1990-talet. När Sverige förändrades*. Stockholm: Borea Bokförlag 2014. ISBN: 978-91-89140-88-2; 487 S.

Rezensiert von: Michael März, Gotha

Für Schweden war der Mauerfall vor allem eine geopolitische Wendemarke. Und doch sah sich das Land in den frühen 1990er-Jahren selbst einschneidenden Ereignissen ausgesetzt, die mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa koinzidierten: die Währungs- und Wirtschaftskrise, das Ende des Korporatismus und der sozialdemokratischen Hegemonie, der EU-Beitritt. Die Krise der Utopie des „Volksheims“, der vermeintlich recht und gerecht geordneten Gesellschaft für alle, hat eine in Deutschland kaum nachvollziehbare Verunsicherung hinterlassen. Historiker beginnen nun, erste Schlaglichter auf die bewegte Zeit zu werfen, indem sie den Forschungsstand ausloten, Quellen erschließen und Fragestellungen entwickeln. Anders Ivarsson Westerberg, Ylva Waldemarson und Kjell Östberg von der Södertörns högskola bei Stockholm haben diese Aufgaben in ihren jeweiligen Forschungsprojekten bisher weit vorangetrieben. Für ihren gemeinsamen Sammelband „Det långa 1990-talet“ („Die langen 1990er-Jahre“) begeben sie sich jedoch an den Ausgangspunkt zurück. Dorthin, wo sie quasi die Mutter aller Geschichtsfragen erwartet: Was ist geschehen? In ihrer gemeinsamen Einleitung versuchen die drei Herausgeber demzufolge auch gar nicht, einen ambitionierten Deutungsversuch in Aussicht zu stellen. Sie geben vielmehr die Zielstellung aus, bisherige Erkenntnisse zum Zeitgeschehen zusammenzufassen, um die Grundlage für eine zusammenhängende Erzählung zu schaffen.

Dabei gehen Westerberg u.a. von der These aus, dass an der Schwelle der 1990er-Jahre tiefgreifende Veränderungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Schwedens die Machtverhältnisse gewandelt hätten. Konkret sprechen die Herausgeber von Machtverschiebungen („maktförskjutningar“), während sie den schillernden Begriff des Systemwechsels („systemskifte“) als

unzutreffend brandmarken. Westerberg u.a. sind sich nämlich einig darin, dass diese Veränderungen nicht allein auf den Bereich der Politik und schon gar nicht monokausal auf den Regierungswechsel von 1991 zu reduzieren seien.¹ Ihrer Ansicht nach habe es ein kompliziertes, dynamisches Zusammenspiel von Ideen, Strukturen, Organisationen, Akteuren und Individuen gegeben, das sich in keinem starren, einheitlichen Bild einfangen lasse. Mit dieser resignativen Herangehensweise setzen sie sich jedoch zwei Gefahren aus: Auf der einen Seite folgen sie unkritisch einem zeitgenössischen Deutungsmuster, das Jürgen Habermas einmal treffend als „Neue Unübersichtlichkeit“² umschrieb. Auf der anderen Seite versehen sie den gewählten Untersuchungszeitraum a priori mit einem Etikett, das ihn von anderen Zeiträumen als eine Art Sonderfall abhebt. Denselben Effekt hat im Übrigen auch der ungeschickte Untertitel des Bandes: „När Sverige förändrades“ („Als Schweden sich veränderte“), welcher impliziert, dass es das zu allen anderen Zeiten nicht getan hätte.

In ihrem Vorhaben, die Jahre um 1990 als lange Dekade der Umbrüche und Veränderungen abzugrenzen, müssten sich Westerberg u.a. erwartungsgemäß zu bestehenden Deutungsweisen in Beziehung setzen, die den 1980er-Jahren gelten: Hier sieht sich die negativ gefärbte (sozialdemokratische) Erzählung vom Ende der „Goldenen Ära“³ neu-

¹ Damals wurde die sozialdemokratische Regierung Schwedens von einer Koalition bürgerlicher Parteien abgelöst. Auf den Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson folgte Carl Bildt.

² In dem gleichnamigen Band geht der Sozialphilosoph den Veränderungen des Zeitgeistes und der politischen Machtkonstellation Anfang der 1980er-Jahre auf den Grund. Er stellt fest, dass die Lage an der Schwelle des 21. Jahrhunderts „objektiv unübersichtlich“ sei: „Seit Mitte der siebziger Jahre kommen [...] die Grenzen des sozialstaatlichen Projektes zu Bewußtsein – ohne dass bis jetzt eine klare Alternative erkennbar wäre.“ Jürgen Habermas, *Die neue Unübersichtlichkeit*. Kleine politische Schriften V, Frankfurt am Main 1985, S. 143–147.

³ So der Titel eines Sammelbandes mit Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Ostseeraum nach dem Ende des Fordismus ab 1975. Vgl. dazu die Rezension von Michael März zu Håkan Blomqvist / Werner Schmidt (Hrsg.), *Efter guldåldern. Arbeträrrörelsen och fordismens slut*. Stockholm 2012, in: H-Soz-Kult, 29.05.2013, <<http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-20316>> (2.2.2016).

erdings von einer positiv gefärbten bürgerlichen Geschichtsschreibung herausgefordert – nach der der Übergang zu einer neoliberal geprägten Politik unter den Regierungen Bildt und Reinfeldt die konsequente Antwort auf die Fehlentwicklungen des sozialdemokratischen Projektes war. Statt diese Dualität selbst zu kommentieren, lassen die Herausgeber den ersten Beiträgern den Vortritt. Torbjörn Nilsson hat sich mit der stärksten bürgerlichen Partei befasst, den Moderaten, und zeigt anhand ihrer programmatischen Ausrichtung seit 1970, dass das sozialdemokratisch geprägte Wohlfahrtsstaatsprinzip Schwedens zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt wurde. Selbst in den 1980er-Jahren habe die Parteiführung ultraliberale Forderungen nach einem Systemwechsel zum Neoliberalismus zurückgewiesen. Das Erfolgsgeheimnis moderater Politik sei somit nicht in einer ideologischen, sondern betont pragmatischen Kurskorrektur gegenüber der sozialdemokratischen Hegemonie zu suchen. Von einem Siegeszug des Neoliberalismus möchte auch Werner Schmidt nicht sprechen. Er führt den Aufstieg der bürgerlichen Parteien bis zum Regierungswechsel 1991 auf den Umstand zurück, dass die Sozialdemokratie keine Antwort auf die Krise des Fordismus fand und ideologisch wie strategisch erlahmt sei. Zugleich unterstreicht er, dass die neoliberalen Kräfte dieses „Vakuum“ nicht füllen konnten, weil sie in ihrer Kritik am Wohlfahrtsparadigma übersahen, dass die Krise des Fordismus nicht allein auf die Eingriffe des Staates in den Produktionsprozess zurückzuführen sei, sondern auch auf unumkehrbare Veränderungen, die die Produktivkräfte und Produktionsbedingungen betrafen.

Mit den Beiträgen von Nilsson und Schmidt wird der Grundtenor für den übrigen Sammelband gesetzt, ohne dass die These der Machtverschiebungen bereits eine Vertiefung erfährt. Dies übernehmen die weiteren, gut ein Dutzend Beiträge jeweils im Kontext ihrer Forschungsgebiete – darunter Politik-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsgeschichte, wobei auf der Geschichte der schwedischen Gleichstellung ein deutlicher Schwerpunkt liegt. Mit Yvonne Hirdman, Eva Blomberg und Kristina Abiala sind gleich drei Expertinnen auf diesem Gebiet unter den Beiträ-

gern. Nicht jeder gelingt es, wesentliche Puzzleteile zum „Bild der Veränderungen in Gesellschaft und Politik“ (S. 441) um 1990 beizusteuern, wie es die Herausgeber anstreben. Zum Glück fällt es trotz vieler Exkurse immer wieder leicht, den roten Faden des Bandes wiederzufinden, sofern man sich die Grundfragen vor Augen hält: 1.) Was geschah in den langen 1990er-Jahren? 2.) Was spricht für die These der Machtverschiebungen – was gegen den viel beschworenen Systemwechsel?

Zur zweiten Frage äußern sich prominente Mitglieder der bürgerlichen Regierung von 1991 in einem lockeren Zeitzeugengespräch. Demnach sei der Begriff des Systemwechsels zuerst von den Sozialdemokraten im Wahlkampf 1982 ins Spiel gebracht worden, um vor einer moderaten Regierung zu warnen. Die Moderaten betrachten ihn bis heute als unzutreffend. Monica Quirico gibt in ihrem Beitrag zu bedenken, dass das Ende des Korporatismus nach sozialdemokratischen Maßstäben einem Systemwechsel durchaus gleichbedeutend gewesen sei, da das „schwedische Modell“ auf diese Weise seine wichtigste Säule verlor. Es sei danach endgültig nicht mehr möglich gewesen, das Land auf dieselbe Weise zu regieren wie seit dem Abkommen von Saltsjöbaden aus dem Jahre 1938. Quirico räumt aber ein, dass Wirtschaftshistoriker – wenn überhaupt – erst die Gesamtheit aus EU-Beitritt, Unabhängigkeit der Reichsbank, Deregulierung des Kapitalmarktes, Reform des Steuersystems und Reform der Kommunalgesetzgebung als Systemwechsel betrachten würden.

Lars Ekdahl zeigt in seinem Aufsatz zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in den 1980er- und 1990er-Jahren, dass die „Politik des Dritten Weges“ Ausdruck einer Machtverschiebung zugunsten der Industrie war. Die Sozialdemokratie hätte sich von der Idee einer ökonomischen Demokratisierung verabschiedet und den Schulterchluss mit der Arbeitgeberseite gesucht. Infolgedessen sei der Einfluss der Gewerkschaften auf Arbeitsleben und Gesellschaft zunehmend geschwunden. Eva Blomberg u.a. deuten das Aufkommen eines neoliberalen Feminismus zu Beginn der 1990er-Jahre als Beleg für die Machtverschiebung zugunsten des bürgerlichen Lagers. Eigentlich ein traditionelles An-

liegen der sozialdemokratischen Politik, war die Gleichstellungsfrage damals intensiv vom Arbeitgeberverband, vom Unternehmerverband und von verschiedenen bürgerlichen Meinungsführern aufgegriffen und im Sinne neoliberaler Perspektiven umformuliert worden. Karl Molin erweitert die Perspektive und spricht von einer „ideologischen Verschiebung“ (S. 425), die während der 1980er-Jahre begonnen und durch den Fall des Kommunismus Fahrt aufgenommen habe. Die Veränderung habe darin bestanden, dass der Respekt vor der staatlichen Souveränität schwand, während der Schutz von individueller Freiheit und Integrität zunahm. Als Beleg dafür stellt Molin mehrere Untersuchungskommissionen vor, die Versäumnisse öffentlicher Institutionen Schwedens bei der Wahrung und dem Schutz von Individualrechten aufarbeiteten.

Die Frage nach den wichtigsten Ereignissen der langen 1990er-Jahre setzt voraus, dass ihr zeitlicher Rahmen abgesteckt wird. Dies geschieht aber nur indirekt, durch die Schwerpunktsetzung der einzelnen Beiträge. Jeder von ihnen liefert Eckdaten, aus denen der Leser den Schluss ziehen kann, dass sie von einem Ineinanderfließen der 1980er- und 1990er-Jahre ausgehen. Hilfreich ist zum Beispiel eine Chronologie der wichtigsten Reformen im öffentlichen Sektor, angefangen bei der Umbildung des Zivilministeriums 1988, über die Kommunalisierung des Lehrkörpers 1989 bis zur Abschaffung der zentralen staatlichen Schulbehörde 1991. Hinzu kommen die Reformen des politischen Systems, welche insbesondere durch die Lindbeck-Kommission⁴ 1992 angestoßen und bis Ende der 1990er-Jahre schrittweise umgesetzt wurden: ein verkürzter Prozess zur Haushaltsfindung, die Unabhängigkeit der Reichsbank vor Eingriffen der Politik, die Verlängerung der Mandatszeit von Reichstagsabgeordneten auf vier Jahre, die Installation einer Regierungskanzlei, die „Präsidentialisierung“ des Staatsministeramts und viele mehr. In diese Zeit fiel auch der lohnpolitische Kurswechsel der Gewerkschaft der Kommunalangestellten, mit dem die Regierung ihre Bereitschaft unterstrich, den öffentlichen Sektor sparsamer, effizienter und leistungsfähiger zu gestalten.

Trotz allem bleibt am Ende ein Unter-

suchungszeitraum ohne Konturen, was zur Folge hat, dass auch der Untersuchungsgegenstand selbst aufweicht. Die Herausgeber rechtfertigen dieses Defizit, indem sie die beobachteten Veränderungen und Machtverschiebungen als „zeitlich schwer bestimmbar“ (S. 455) charakterisieren. Doch werden dadurch nicht leichtfertig ihre Ursachen und Voraussetzungen ausgeklammert? Die Ergebnisse des „Arioso“-Projektes⁵, an dem auch Beiträge wie Kjell Östberg und Werner Schmidt beteiligt waren, zeigten schließlich, dass der radikale gesellschaftliche Wandel Schwedens bereits in den 1970er-Jahren seinen Anfang nahm. Um die besondere Tragweite der Veränderungen um 1990 herauszustreichen, wäre es somit hilfreich gewesen, die Perspektive auf gesellschaftliche Bereiche wie Familie, Kultur, Medien, Unternehmen usw. zu erweitern. Auch die Berücksichtigung des Konzeptes vom „kurzen 20. Jahrhundert“⁶ hätte vielleicht zu einem qualifizierteren Ergebnis beigetragen.

HistLit 2016-1-101 / Michael März über Ivarsson Westerberg, Anders; Waldemarson, Ylva; Östberg, Kjell (Hrsg.): *Det långa 1990-talet. När Sverige förändrades*. Stockholm 2014, in: H-Soz-Kult 15.02.2016.

⁴Die Regierung Bildt setzte 1992 eine Kommission ein, die den Auftrag hatte, Reformen des politischen und ökonomischen Systems vorzuschlagen, um Wege aus der Krise zu finden. Im März 1993 präsentierte die Kommission um Nationalökonom Assar Lindbeck insgesamt 113 Vorschläge.

⁵„Arbetarrörelsens roll i Östersjöområdet. Idéströmningar, vägar till inflytande och betydelse för samhällsutvecklingen under det ‚korta‘ 1900-talet“ [Die Rolle der Arbeiterbewegung im Ostseeraum. Ideeströmungen, Einflussmöglichkeiten und Bedeutung für die Gesellschaftsentwicklung während des ‚kurzen‘ 20. Jahrhunderts].

⁶Die Vorstellung von einem „vorzeitigen“ Ende des 20. Jahrhunderts mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa wurde von Historikern wie Iván T. Berend und Eric Hobsbawm inspiriert.